Münsterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.
Organ der Zentrumspartei.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine"

Nr. 67. Rheine i. W., Montag, den 21. März 1921. 45. Jahrgang.

An unsere Bezieher!

In diesen Tage beginnen die Briefträger wieder, die Bezugsgelder für

das 2. Vierteljahr 1921

einzuziehen. **Wir richten an alle Postbezieher wieder die Bitte, die Zeitungsbestellung sofort zu erneuern, da dadurch eine unliebsame Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung am 1. April vermieden wird.**

Was werden die kommenden Monate bringen?

Diese bange Frage ist heute angesichts der Expressermaßnahmen der Entente in aller Munde.

Durch den Anschluß an **die bedeutendsten Depeschenbüros** ist die Münsterländische Volkszeitung in der Lage, jederzeit **schnell und zuverlässig über sämtliche Tagesbegebenheiten berichten** zu können. Ganz besondere Sorgfalt wird dem **lokalen und provinziellen Teil der Zeitung zugewandt.** Der dauernd steigende Leserkreis verbürgt für die Unentbehrlichkeit dieser Tageszeitung. Die

»Münsterländische Volkszeitung«
(Rheiner Volksblatt)

ist in **allen** Bevölkerungsschichten stark verbreitet, sie ist also **keine Standeszeitung.**

Die Münsterländische Volkszeitung ist

amtliches Publikationsorgan

für den Stadtbezirk Rheine,
für den Amtsbezirk Rheine,
(Mithin erfolgen auch fast sämtliche amtliche Bekanntmachungen des Landratsamtes Burgsteinfurt in der M. V.)
für den Amtsgerichtsbezirk Rheine,
und seit einigen Tagen
für den Handelskammerbezirk Münster.

Für kluge Inserenten, die sicheren Erfolg der aufgewendeten Kosten erzielen wollen, ist wegen ihres großen Verbreitungsgebietes die Münsterländische Volkszeitung ein vorzügliches

Ankündigungsmittel.

Aus der Zentrumspartei.

*: **Verschiebung des Reichsparteitages** Am 18. März begann in Berlin die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Zunächst befaßte man sich mit der Frage des Termins für den zweiten Reichsparteitag, der bekanntlich vom 10. bis 12. April in Berlin stattfinden sollte. Der Reichsausschuß kam jedoch zu der Ueberzeugung, daß es angesichts der ungeklärten politischen Augenblicklage geboten erscheint, die Abhaltung des Reichsparteitages noch hinauszuschieben, die Festsetzung des endgültigen Termins wurde dem Reichsparteivorstand überlassen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 18. März 1921.

Der Reichstag steht unter dem Zeichen der Dauersitzungen. Das deutsche Parlament tagt seit einigen Tagen bis in die späten Nachtstunden. Der Diensteifer und die Pflichttreue der Reichstagsmitglieder verdient Anerkennung. Sie, die ihren Volksgenossen den Achtstundentag gesetzlich garantierten, haben sich am Donnerstag zu einer dreizehnstündigen Tagesarbeit verstanden. Wenn auch die Presse streikt und die Berichterstattung aussetzt, der Präsident des Hauses sah immerhin noch 18 seiner Getreuen um sich, als er nach 11 Uhr abends den Reichstag auf Freitag vormittags 11 Uhr vertagte. Die neue Sitzung begann mit der Beantwortung kleiner Anfragen. Unter anderem fragt der Abg Dr. Mumm, ob die Reichsregierung bereit sei, die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 25. April 1920 über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung aufzuheben. Er darf sich seines Erfolges freuen, denn von der Regierungsseite aus wird ihm die Aufhebung für alle Orte mit einer Einwohnerzahl bis zu 100 000 zugesagt. Nachdem das Haus das Frage- und Antwortspiel hat über sich ergehen lassen, wendet es sich der Weiterberatung des Haushalts des Reichsschatzministeriums zu. Bei der Besprechung der Ausgaben für die Reichsbekleidungsämter kam es zu lebhaften Debatten, die die Mittelstands„freundlichkeit„ gewisser Parteien wieder einmal grell beleuchtete. Was immer an grobem und leichtem Geschütz für und gegen den Fortbestand der Reichsbekleidungsämter angeführt werden kann, konnte man heute aus dem Munde der verschiedenen Parteiredner vernehmen. Es lag eine Entschließung des Hauptausschusses vor, wonach die Reichsbekleidungsämter nur soweit fortbestehen dürfen, als sie durch Bekleidungsaufträge für die Reichswehr und die Schutzpolizei oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen ausreichend beschäftigt seien. Einerseits solle die Reichsregierung dafür Sorge tragen, daß die zu entlassenden Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Privatindustrie untergebracht würden. Die Deutschnationalen beantragten, die Worte „oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen" zu streichen. Ein Antrag des Mehrheits[illegible]sten Giebel hingegen ging dahin, die Bekleidungsämter bestehen zu lassen, die Kündigungen der Arbeiter und Angestellten zurückzunehmen und die Rentabilität der Rentabilität der Rentabilität der

sie das oberschlesische Volk in der Neugestaltung seiner Zukunft nach Kräften unterstützen wird. Die erste gemeinsame Aufgabe der Zukunft wird sein, Gegensätze auszugleichen, die der Abstimmungskampf geschaffen hat und sich in gemeinsamer Friedensarbeit zusammenzufinden. Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist da. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hoffen und vertrauen auf euch. Denkt an eure Zukunft! Denkt an euch und eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Der Reichskanzler: Fehrenbach.

Bayern und das Entwaffnungsgesetz.

Berlin, 19. März. Der gestrigen Ausschußsitzung wohnten der Reichskanzler, der Reichsminister des Aeußern, Dr. Simons, sowie der Reichsminister des Innern, Koch, bei. Der bayerische Gesandte, von Preger, wandte sich unter Verlesung des Wortlauts der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten gegen die Behauptung, daß dieser sich gegen die Einführung der Reichsgesetze gewendet habe. In der gestrigen Rede im Landtag habe Herr v. Kahr, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich ausgesprochen, daß der Kampf gegen das Entwaffnungsgesetz nicht ein Kampf gegen die Reichseinheit ist und von einer Revolte Bayerns gegen das Reich keine Rede sein könne. Wenn die bayerische Regierung rechtzeitig von der Einbringung des Entwurfs verständigt worden wäre, hätten verschiedene Mißständnisse vermieden werden können. Abg. Dr. Recker-Hessen (D. Vp.) glaubt nicht, daß es möglich wäre, das Gesetz noch vor den Ferien zu verabschieden. Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß alles das, was der Vertrag von Versailles uns vorschreibt, auch ausgeführt werden müsse. Er habe den Eindruck daß damit auch die bayerische Regierung einverstanden sei. Reichsminister Koch erklärt namens der Reichsregierung, daß diese die Verabschiedung des Gesetzes für außerordentlich dringlich halte. Auch für den Reichstag [illegible] für ein Nichtzustandekommen außerordentlich groß. Daran, daß die an den Reichsrat gebrachte Vorlage nicht rechtzeitig veröffentlicht und übertriebene Proteste gegen sie eingelegt worden seien, trage die Reichsregierung nicht die Schuld. Die Frage, ob es sich bei der Vorlage um ein verfassungsänderndes Gesetz handele, habe das Reichsjustizministerium in seinen Gutachten verneint. Abg. Seemann (S.) erklärt, solange die Wehren nicht aufgelöst werden, blieben auch die Sozialdemokraten darin, um sie nicht ganz nach rechts abrutschen zu lassen. Abg. v. Braun (Deutschnatl.) war der Meinung, daß es sich hier um ein verfassungsänderndes Gesetz handele. Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, um weitere Verwickelungen und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, sei er dafür, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Reichskanzler Fehrenbach betont mit Nachdruck die Notwendigkeit der raschen Verabschiedung des Gesetzes. Bei einer längeren Verzögerung könnten Konsequenzen entstehen, die er [illegible] die Reichsregierung nicht zu tragen vermöchten. Reichsminister Koch gab die Zusage, daß bei einem einmaligen Verstoß eines Mitgliedes der in Frage kommende Verein nicht aufgelöst werden soll. Gegenüber Ausführungen der Redner der Linken stellte der Minister fest, daß der Friedensvertrag und der Vertrag von Spaa wohl die Entwaffnung der Einwohnerwehren, nicht aber die Auflösung der Ortsvereine vorsehen. Das Pariser Diktat verlange allerdings mehr; das sei aber von uns nicht anerkannt worden. Die allgemeine Aussprache ist damit abgeschlossen. Der Ausschuß einigt sich dahin, für die Einzelberatung zwei Lesungen abzuhalten.

Der Entwaffnungsausschuß hielt heute abend eine Sitzung ab, um den Entwurf zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages weiter zu beraten. Die Verhandlungen gestalteten sich insofern kritisch als die Parteien zu keiner Verständigung gelangen konnten und sowohl § 1 der Regierungsvorlage wie die vorliegenden Anträge immer mit Stimmengleichheit von neun Stimmen abgelehnt wurden. Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

Wyneken flüchtig.

Dr. Gustav Wyneken, der Leiter der Schulanstalt Wickersdorf gegen den von der Staatsanwaltschaft auf Grund des § 175 Klage erhoben worden war, ist nach einer Meldung aus Halle in das Ausland geflüchtet.

Ein vernichtendes englisches Urteil

Berlin, 19. März. Das führende englische Finanzblatt „The Economist" gibt über die Sanktionen ein vernichtendes Urteil ab. Es schreibt: Diese neue Verlängerung der Unsicherheit und Bitterkeit mit ihrer Rückwirkung auf die gedrückte Geschäftslage ist um so bedauerlicher, als sie vollständig unnötig erscheint. Weil unsere Führer es unter ihrer Würde hielten, eine Woche zu warten, wird die ganze Welt Monate warten müssen. Die Pariser Vorschläge mit 42 jährigen Zwangszahlungen waren gänzlich unvereinbar mit dem zukünftigen Frieden Europas. Die ersten deutschen Gegenvorschläge standen auf der richtigen Linie, da sie diese Zahlungen zu ihrem jetzigen Werte kapitalisierten. Das Blatt stellt dann fest, daß die oberschlesische Frage für Deutschlands Zahlungsfähigkeit erheblich ist, und fährt fort: Nachdem Lloyd George alle guten Gründe angeführt, die eine endgültige, gut fundierte Regelung als für den Wiederaufbau der Welt notwendig erscheinen lassen, verweigert er Dr. Simons, Berlin zu befragen, und anstatt einen mäßigen Grad Geduld zuzeigen, wie man ihn von einem englischen Staatsmann einem besiegten Feinde gegenüber erwartet hätte, hat er es ein weiteres Mal vorgezogen, für die Galerie zu spielen und zu Sanktionen zu greifen die natürlich zur Herbeiführung eines wirklichen Vorschlages oder zur Erlangung von Entschädigungsgeldern absolut wertlos sind. Was die Abgabe von 50 Prozent des Kaufpreises deutscher Ware anbetrifft, so wird sie von der City als ein wirkungsloser Unsinn und als ein ernster Schlag für London als Handels- und Finanzmittelpunkt verspottet. Zunächst wird sie ein Vertrauensbruch unsererseits sein, wenn sie, wie der Minister erklärt, ruhig wirkend gehandhabt wird, weil im verflossenen Herbst unsere Regierung auf die Beschlagnahme deutscher Güter verzichtet hat. Ernster noch ist die Hemmung unseres Einfuhr- und Ausfuhrhandels mit der ganzen übrigen Welt wegen der Maßnahmen, die getroffen werden müssen, damit deutsche Güter nicht durch andere Länder hereinkommen

Lloyd George gegen die Arbeiterpartei.

London, 19. März. Lloyd George hielt vorgestern auf einem politischen Essen in London eine Rede, in der er nachdrücklich für die Beibehaltung einer großen nationalen Partei eintrat. Er erklärte, die Arbeiterpartei bedeute jetzt eine große, furchtbare, drohende Partei, die die herrschenden Partei in England werden würde, wenn nicht Schritte getan würden, die Wähler darüber zu unterrichten, welche Ziele sie sich stecke. Diese Ziele seien für die gesamte Struktur der Gesellschaft so drohend, daß es Irrsinn sein würde, über Trivialitäten zu streiten. Lloyd George erklärte, man müsse an die große Mehrheit des Volkes appellieren, die es ablehne, vom Wirbelstrom der Revolution fortgetrieben zu werden. Lloyd George sagte, die Arbeiterpartei wolle die Zerstörung des Privatbesitzes, die Zerstörung der Privatunternehmungen und die Umwandlung der gesamten Mittel der Erzeugung in eine große Staatsmaschinerie.

Die Pläne Hardings.

London, 19. März. Aus Washington liegen Nachrichten vor, daß die Absicht Hardings eine Kommission nach Europa zu entsenden, um mit den Mächten die internationalen Angelegenheiten zu erörtern, fallen gelassen worden sei. Harding wird vielmehr die Vertreter der Mächte nach Washington zu einer zweiten sogenannten Friedenskonferenz einladen.

Paris, 19. März. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Harding beabsichtigt, den amerikanischen Sozialistenführer Debs zu begnadigen. Debs ist während des Krieges zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er gegen die Rekrutierung der amerikanischen Armee obstruierte. Präsident Harding hat den neuen Justizminister ersucht, über die Frage einen Bericht einzureichen. Präsident Wilson hat sich noch kurz vor seinem Amtsablauf trotz zahlreicher Bittschriften geweigert, den unter seiner Regierung verurteilten Arbeiterführer zu begnadigen.

Das bankrotte Polen.

Berlin, 19. März. Nach einer Meldung der Breslauer Schlesischen Zeitung hat die polnische Regierung in Warschau infolge Sinkens der polnischen Valuta die Warschauer Börse geschlossen. Die größeren Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Infolgedessen steigt die deutsche Mark in Warschau weiter.

Die in Kattowitz erscheinende Gazetta Ludowa veröffentlicht eine Bekanntmachung der polnischen Bank Ludowi, daß die Bank die Entgegennahme von Depositen in polnischer Valuta einstellt. Die polnische Volksbank in Gleiwitz hat schon vor vielen Wochen kein polnisches Geld mehr entgegengenommen und sich geweigert, dafür deutsches Geld einzuwechseln.

Laut Täglicher Rundschau hat der polnische Minister für die Lebensmittelversorgung in Warschau die Schließung aller Privatbäckereien angeordnet und den freien Handel mit Brot verboten.

Aus Stadt und Amt.

(—) **Rheine,** den 21. März 1921.

× **Der neue Gepäck- und Expreßguttarif.** Ein neuer Gepäck- und Expreßguttarif wird am 1. April eingeführt. Er ist soeben vom Reichsverkehrsminister angeordnet worden und bringt außer der Erhöhung einschneidende Aenderungen. Die bisherigen 14 Entfernungszonen werden zwar beibehalten, dagegen fällt die billige Vorstufe von 1 bis 30 Kg. weg. Sie kosten bis zu 50 Km. 2,40 Mark, bis 300 Km. 4,60 Mark, darüber 9 Mark. Diese Vorstufe wird durch 3 Gewichtsstufen von je 10 Kg. ersetzt. Es werden Zonenfrachtsätze zu 2, 4 Pf. für 10 Kg. und das Km. der mittleren Zonenentfernung berechnet. Beträge bis zu 10 Mark werden auf 50 Pfennig aufgerundet, darüber auf 1 Mark. Dazu kommt eine Abfertigungsgebühr von 50 Pf. in jedem Zonensatz mit Einschluß der Anstoßfrachtsätze für Gewichte von mehr als 100 Kg. Falls die Beträge bei zusammengezahlten Frachten auf 50 Pf. auslaufen, so werden sie nochmals auf 1 Mark aufgerundet. Mindestens werden 3 Mark (2,50 Mark für Fracht und 50 Pf. Abfertigungsgebühr) erhoben. Der neue Expreßtarif sieht 3, 6 Pf. für 1 Km. vor. Berechnet werden mindestens 10 Kg. 10 Km. und 3 M. Dazu kommt eine Abfertigungsgebühr von 50 Pfennig. Auch hier wird bis zu 10 Mark auf 50 Pfennig, darüber auf 1 Mark abgerundet.

ff- **Einstellung von Diplomingenieuren als Postreferendare.** Im Reichs- und Staatsanzeiger ist folgende Bekanntmachung veröffentlicht worden: „In den höheren Reichstelegraphendienst werden sogleich junge Diplomingenieure, die an einer technischen Hochschule die Diplomprüfung bestanden haben, als Postreferendare eingestellt. Anwärter, die die Diplomprüfung in der Elektrotechnik, insbesondere in der Fernmeldetechnik, abgelegt haben, werden bevorzugt. Annahmegesuche, denen u. a. eine eingehende Darstellung des Lebenslaufs des Bewerbers und Zeugnisabschriften, die über seinen Studiengang und die bestandenen Prüfungen Aufschluß geben, beizufügen sind, sind an die für den Wohnort des Bewerbers zuständige Ober-Postdirektion zu richten. Dort sind auch nähere Einzelheiten zu erfragen."

ff- **Postüberwachung im besetzten Gebiet.** Die vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 in den besetzten rheinischen Gebieten von den Besatzungsbehörden ständig ausgeübte allgemeine Ueberwachung des Postverkehrs ist seitdem zwar weggefallen; die Interalliierte Rheinland-Kommission in Coblenz hat sich aber im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierten Kommission kann sonach die Postüberwachung jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem bald in jenem Orte des besetzten Gebiets eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfange eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Die Polarhexe.

Ein Roman aus Spitzbergen. Von Anny Wothe.
Nachdruck verboten. Copyright 1915 by Anny Wothe, Leipzig.

Leicht glitten die zarten Finger der jungen Frau über die Saiten. Ein leises Vorspiel, und die Augen, die jetzt fast schwarz schienen, in weite Ferne verloren, sang sie mit einer seltsam weichen, jungen und warmen Stimme:

„Wellenspiel des Lebens —
Alles Glück nur Schaum!
Und du spähst vergebens
Durch den Weltenraum,
Ob auf einer Scholle
Schifft das Glück einher —
Ueber Stromesschnelle
Flieht es, weit ins Meer!"

Unwillkürlich trafen Christabels Augen die des Norwegers.

Langsam stieg eine dunkle Glut in sein braunes Gesicht. Dann fragte er, während die anderen Beifall klatschten: „Von wem sind diese Verse, Frau von Herdegen?"

„Ich habe sie selbst erdacht," gab Christabel fast gegen ihren Willen zurück.

Ihr Mann schüttelte mit leisem Unwillen das Haupt.

„Kannten Sie das Lied nicht, Professor?" fragte Ekke Sörnsen.

„Ich liebe es nicht, wenn Frauen dichten, schwärmen und singen, erst recht nicht bei meiner eigenen Frau."

„Das ist hart," fiel der Prinz ein, dessen Augen bewundernd auf Christabel geruht. „Sie nehmen ja dadurch den Frauen das Holdeste und Schönste, die Poesie."

„Ich schätze am höchsten bei der Frau die Kraft," gab der Professor kalt zurück, „innerlich und äußerlich."

Ein Blick flog blitzartig aus Christabels Augen zu ihm herüber, so seltsam drohend, daß der junge Schiffsarzt, der ihn bemerkte, davor erschrak.

„Bitte ein Volkslied," bat es jetzt von allen Seiten. Und während oben auf der Brücke der Kaptän in eherner Ruhe auf seinem Posten stand und angestrengt in die helle Nacht hinausspähte, während der Eislotse hoch im „Ausguck" Befehle erteilte, wie dem näher und näher drängenden Packeis auszuweichen sei, und der „Geier" mit tiefem Gestöhn eine mächtige Eisscholle nach der anderen nahm, sang Christabel:

„Wenn der Blütenschnee
Fällt auf Herzensweh,
Kommt die Sonne gleich mit scheinen,
Küßt mit warmen Mund
Dir das Herz gesund.
Junge Liebe darf — die darf nicht weinen.

Wenn des Winters Schnee,
Fällt auf Herzensweh,
Ist der Frühling ewig hingegangen
Und kein warmer Schein
Fällt ins Herz hinein,
In das Herz, das nur trägt Heimverlangen

Zarter Blütenschnee,
Decke zu mein Weh,
Wie dereinst im ersten Liebessehnen
Und zur letzten Ruh,
Frühlingsregen, du,
Weine auf mein Grab die ersten Tränen."

Eine seltsame Beklommenheit ging einen Augenblick durch den kleinen Saal, als Christabel geendet.

Was war das? Sang die sonst so frische, frohe Frau, die tatkräftige Gefährtin des starken, zielbewußten Mannes da drüben, der jetzt so finster dreinschaute, ihr eigenes Lied?

Dann aber küßte der Prinz Christabel enthusiastisch die Hand. Ehe aber noch die anderen Herren zu Frau von Herdegen treten konnten, ließ sich ein dumpfes Krachen vernehmen, und es schien allen, als ob der „Geier" sich tief auf die Seite legte.

Alle sprangen entsetzt auf.

Erik de Vold half der jungen Frau eilgst in ihren Pelz. Alles griff nach Mützen und wärmenden Hüllen und stürmte an Deck.

Der Erste Offizier beruhigte die Herren, die stürmisch fragend auf ihn einredeten.

„Es ist nichts von Bedeutung, wir haben nur die letzten großen Eisschollen durchbrochen, und der „Geier kippte dabei ein bißchen nach Steuerbord, jetzt hebt er sich schon wieder. Schauen Sie hinaus, meine Herren, der „Grüne Hafen" ist fast eisfrei, morgen früh können wir in Green Harbour an Land."

Die Männer atmeten auf.

Vor ihnen breitete sich in seiner ganzen schimmernden Pracht das weiße Land mit seinen Gletscherfirnen und davor der „Grüne Hafen" mit seinen im hellen Mitternachtslicht funkelnden Wellen.

Die Mitternachtssonne stand glutrot am Himmel und überstrahlte die kleine Häuserkolonie von Green Harbour, als seien Rosen über die dunklen Dächer gestreut.

Winzig klein erschienen die Hütten in der Entfernung Morgen früh sollte man sie in der Nähe sehen.

Christabel stand an der Reeling und schaute hinaus in die Weiten. Hier in Green Harbour würde man vielleicht die ersten oder auch die letzten Nachrichten aus der Heimat finden, die letzten Nachrichten von ihrem Kinde. Hier würde sie das letzte Wort ihres alten Vaters, ihrer alten Mutter lesen, der Eltern, die sie, ihrer Sorge nicht achtend, zurückgelassen, um mit ihrem Manne vereint in Nacht und Tod zu gehen!

Ein Schauer durchschüttelte Christabels Leib, ein schwerer Seufzer zitterte über ihre Lippen.

Da fühlte sie plötzlich die Nähe eines Menschen, und als sie aufschreckend um sich blickte, stand der Norweger, auch über die Reeling gebeugt, an ihrer Seite.

Er sprach nicht, sein ernstes, strenges Auge blickte sie nur forschend an.

Christabel senkte verwirrt die Augen vor diesem Blick.

Was wollte der Mann von ihr?

Er deutete stumm mit der Hand auf das blaugrün schimmernde Eis, das jetzt in den seltsamsten Formen und Gestalten im Glanz des nächtlichen Sonnenlichts an dem „Geier" vorüberlegelte.

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten.

Ein polnisch-französisches Geheim-Abkommen?

Beuthen, 20. März. Wie der „Dena" von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sollen in Oberschlesien Polen und Franzosen ein geheimes Abkommen dahin getroffen haben, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß dahin aufbieten werde, um den Obersten Rat zu bestimmen, die Kreise Rybnik, Pleß, Zabrze und Kattowitz den Polen zuzusprechen, selbst für den Fall, daß sie sich in der Abstimmung für Deutschland entscheiden. Polen soll sich dafür verpflichtet haben, Frankreich die Einkünfte aus diesen Kreisen zu verpfänden. Die „Dena" gibt diese Meldung, trotz der an sich zuverlässigen Quelle doch mit allem Vorbehalt wieder.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

tu. Breslau, 21. März. (Drahtbericht) Das Gesamtresultat für Kreuzburg (46 Gemeinden) beträgt bis 1 Uhr nachts für Deutschland 12 558, für Polen 712 Stimmen.

wtb. Breslau, 21. März. (Drahtbericht.) Die ersten aus dem Wahlbezirk Kreuzburg eingetroffenen Teilergebnisse bestätigen den rein deutschen Charakter dieses Kreises. Die Abstimmung in dort in voller Ruhe vor sich gegangen. Zwischenfälle haben sich, soweit bisher bekannt geworden ist, nirgends ereignet.

wtb. Breslau, 21. März. Nachmittags. (Drahtbericht.) In den nördlichen und nordwestlichen Kreisen des Abstimmungsgebietes ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten die Volksabstimmung ruhig verlaufen. In Oppeln herrscht freudige Begeisterung. Aus den südlichen Kreisen und dem Industriegebiet liegen zuverlässige Nachrichten nicht vor.

tu. Breslau, 21. März. (Drahtbericht. Vorläufige Wahlresultate Oppeln 20 000 deutsche, 1100 polnische Stimmen. Tarnowitz 85% für Deutschland, Beuthen 78% für Deutschland, Kattowitz 3209 deutsche Stimmen, 10 851 polnische Stimmen, Chorzow 62% für Deutschland, Myslowitz 12 693 deutsche, 4047 polnische Stimmen, Kattowitz 92% für Deutschland.

Ruhiger Verlauf der Wahlhandlung.

Breslau, 21. März. (Drahtbericht.) Soweit sich überhaupt der Verlauf des heutigen Tages übersehen läßt, kann man von einem auch in den Industriegebieten ruhigen Wahlgang sprechen. Vom frühen Morgen an war die Wahlbeteiligung sehr rege. Die Berliner Presse hat gerüchtweise von Infanterie- und Artilleriefeuer berichtet. Von seiten des Kattowitzer Kreises wurde sie dahin aufgeklärt, daß die Polen von jenseits der Grenze ihren voraussichtlichen Sieg mit Böllerschüssen gefeiert haben. Immerhin gab dies bei der herrschenden Erregung der Bevölkerung zu unglaublichen Gerüchten Anlaß.

Breslau, 20. März. Der Leiter des schlesischen Ausschusses Dr. Lukaschek erläßt in der „Oberschlesischen Volkszeitung" folgenden Aufruf:

Oberschlesier erwacht! Es geht durch das Land, seit die Kinder des Landes in ihre alte Heimat zurückkehren, ein Streben der Einigkeit und der Vaterlandsliebe. Es gibt kein Halten mehr. Das Eis ist gebrochen, es wird Frühling und die Schranke fällt, die uns ein Friedensvertrag errichten wollte. Das deutsche Vaterland kann ruhig dem 20. März entgegensehen.

Der Reichswehrminister über die Abstimmung.

Berlin, 20. März. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Breslauer Zeitung" erklärte Reichsminister Dr. Geßler über die Lage im deutschen Osten: Unsere Feststellungen von polnischen Truppenzusammenziehungen an der deutschen Grenze haben uns zu formellen Schritten bei den Regierungen in Warschau, London, Paris und Rom, beim Obersten Rat und beim Heiligen Stuhl veranlaßt. Man hat uns versichert, daß unsere Befürchtungen grundlos seien. Aber wenn wir auch diesen Versicherungen Glauben schenken wollen, so bleibt doch die geradezu maßlose Sprache der polnischen Presse, in der von der Absicht Polens gesprochen wird, in den strittigen Gebieten vollendete Tatsachen zu schaffen, von ernster Bedeutung. Im Gegensatz zu Polen haben wir an einem ruhigen und geordneten Verlauf der Abstimmung das größte Interesse. Was Oberschlesien anbetrifft, so hat die Entente ihre Ehre dafür verpflichtet, daß dort eine Gewalttat verhindert wird. Sollten aber die Grenzen anderer deutscher Provinzen verletzt werden, so können unsere deutschen Brüder versichert sein, daß die deutsche Regierung entschlossen ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln einen derartigen Angriff zurückzuweisen.

Berlin, 19. März. Wie aus Polen gemeldet wird, ist heute die Jahresklasse 1901 zu einer vierzehntägigen Uebung einberufen worden.

(Weitere im Laufe des Tages drahtlich einlaufende Wahlergebnisse werden wir durch Aushang bekannt geben. Die Schriftltg.)

Cecil über die Berechtigung des deutschen Völkerbundappells. Die englische Regierung bereit, die Verhandlungen fortzusetzen.

London, 19. März. Bei der Erörterung des Antrages Clynes erklärte Lord Robert Cecil mit Bezug auf die Gesetzlichkeit der Anwendung der Zwangsmaßnahmen, soweit er die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten verstehe, wolle man die Zwangsmaßnahmen nicht nur zum Zwecke der Einbringung der Reparationen, sondern auch zur Erzwingung anderer Teile des Vertrages von Versailles anwenden. Wenn er, Cecil, den Vertrag richtig verstehe, so beschränke sich Artikel 18, Anhang 2, auf die Frage der Reparationen. Es sei bedauerlich, daß die Alliierten zur Anwendung der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland getrieben worden seien. Er forderte die Regierung auf, diese Gelegenheit unverzüglich zu ergreifen, um zu einer wirklichen Regelung dieser Frage zu gelangen. Er sagte, es wäre berechtigt, daß die deutsche Regierung an den Völkerbund wegen der Ungesetzlichkeit der Aktion der Alliierten appeliere und fragte, weshalb die Regierung den Appell nicht weitergehen lassen wollte. Die Deutschen bestritten nicht, ihre Verpflichtungen zu bezahlen, sie wollten aber nur den Betrag zahlen, den sie bezahlen könnten. Dies sei eine reine Tatsachenfrage. Warum soll sie nicht irgendeinem vom Völkerbund hinzusetzenden Gerichtshof überwiesen werden? Unter Bezugnahme auf die Gefahr daß der Appell zum Zwecke der Verzögerung benutzt werden könnte, erklärte Cecil, er denke, es müsse Bedingung des Appells sein, daß Deutschland auf jeden Fall die Annuitäten, zu denen es sich unter gewissen Bedingungen für 5 Jahre bereit erklärte, entrichten müsse. Generalstaatsanwalt Blowert erklärte, nichts wäre in bezug auf die allgemeine Lage verkehrter, als anzunehmen, daß die Verhandlungen beendet seien. Die Regierung sei bereit und gewillt, die Verhandlungen fortzusetzen, falls jetzt oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkte Deutschland ein vernünftiges Angebot machen wolle.

Ein deutscher Protest gegen die Sanktionen.

wtb. Berlin, 21. März. (Drahtbericht.) Wie das „Tageblatt" von unterrichteter Seite erfährt, wird die Reichsregierung einen Protest gegen die ungerechtfertigte Besetzung neuer rheinischer Städte an die Entente richten.

Gottesdienstordnung.

(Nachdruck verboten!)

Für die katholischen Gemeinden:

Pfarrkirche.

Dienstag 6 Uhr Jahresmesse für Maria Grothe, 7¼ Uhr Jahresmesse für Frau Syberts ab. Forstmann, 8 Uhr Jahresmesse für Heinrich Sendker i. Kr. gef. — **Mittwoch** 6 Uhr Jahresmesse für Frau Bernard Bröker, 7 Uhr Jahresmesse für Hermann Nagelschmidt, 7¼ Uhr Jahresmesse für Bernhard Wewer, 8 Uhr Jahresmesse für Wilhelm Keil, im Kriege gefallen, Nachm. 4 Uhr Beichtgelegenheit. — **Gründonnerstag** 6 Uhr, danach jede halbe Stunde Austeilung der hl. Kommunion, 8 Uhr feierl. Hochamt, Prozession zum Grabe, 12 Uhr Betstunde der Waisenkinder, 1 Uhr Betstunde der Mädchenmittelklassen, 2 Uhr Betstunde der Knabenmittelklassen, 3 Uhr Betstunde der Frauen, 4 Uhr Betstunde der Jungfrauen, 5 Uhr Betstunde der Mädchenoberklassen, 6 Uhr Betstunde der Knabenoberklassen, 8 Uhr Todesangstbruderschaft. — **Karfreitag** 6 Uhr Betstunde der Jungfrauen-Kongregation, ½8 Uhr Gottesdienst, 2 Uhr Prozession durch die Stadt, danach Fastenpredigt, 8 Uhr Kreuzwegandacht. — **Karsamstag** 7 Uhr Weihe des Osterfeuers, der Osterkerze u. des Taufbrunnens, ½9 Uhr Hochamt. — Am Karfreitag und Karsamstag Kollekte für das hl. Land. Am hochh. Osterfeste Kollekte für neue Kirchenfenster.

Gymnasialkirche zum hl. Petrus.

Dienstag 7 Uhr Seelenmesse für Frau Wiedkamp, 7,45 Uhr Seelenmesse für Eheleute Josef Ruwe (Dutum). — **Mittwoch 7 Uhr Seelenmesse für Karl Kötter i. Laz. gest.**

Basilika.

Dienstag 6 Uhr Jahresmesse für Hendrik Oudenampsen, ½7 Uhr Jahresmesse für Heinrich Averweg, 7¼ Uhr Jahresmesse für Heinrich ter Beek, 8 Uhr Jahresmesse für Ehefrau Stroetmann. — **Mittwoch** 6 Uhr Jahresmesse für Ehefrau Rosa Berning, ½7 Uhr Jahresmesse für Ehefrau Kalter, 7¼ Uhr Jahresmesse für Franz Brockhoff, 8 Uhr Jahresmesse für Ehefrau Joseph Winnemöller. — **Gründonnerstag** 8 Uhr feierl. Hochamt, Anbetung in der Krypta: 9—10 Uhr: Erstkommunikanten der Canisius- und Ludgerusschule, 10—11 die Erstkommunikanten der Aloysius- und Dionysiusschule, 11—12 die Erstkommunikanten der Johannesschule, 11—12 die Erstkommunikanten der Antoniusschule, von 12—1 die Erstkommunikanten der Kreuzschule, 2—3 die Frauen und Mütter, 3—4 das Marienheim, 4—5 die Jungfrauen, 5—6 die Männer, 7—8 die Jünglinge, 8 Uhr Schlußandacht. — **Charfreitag** ½8 Uhr Charfreitagsliturgie. Abends 8 Uhr Fastenpredigt. — **Charsamstag** 7 Uhr: Weihe des Osterfeuers, der Osterkerze, des Taufwassers, dann Hochamt.

Vereinskalender.

Sängerabteilung des kathol. Gesellenvereins. Heute abend keine Gesangprobe.

Turnabteilung des Kathol. Arbeitervereins St. Paulus. Montag und Dienstagabend 7 Uhr Turnen. Alles antreten.

Druck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Hans Stüwen, für den Anzeigen- und Reklameteil Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel wird keine Gewähr für Lieferung geleistet; auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen. Für Aufbewahrung und Zurücksendung unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.



bei

Th. Althoff, Rheine

Provinznachrichten.

)(**Vom Hümmling,** 16. März. Von einem Landjäger aus Bechta i. O. wurden vor einigen Tagen in Lähden zwei herumziehenden Familien 2 Pferde abgenommen, die einem Gastwirt in Lutten bei Vechta i. O. gestohlen waren. Die Männerwelt der beiden Familien hatte leider inzwischen das Weite gesucht und konnten somit nur die zurückgebliebenen Frauen verhaftet werden.

)(**Versenbrück,** 15. März. Die Schule in Voltlage ist wegen Grippeerkrankungen geschlossen worden. Ebenso haben die Schulen in Kettenkamp und Vinte wegen des Auftretens der Masern geschlossen werden müssen.

)(**Meppen,** 19. März. **Die Eierpreise** zeigen auch hier eine fallende Tendenz. Gestern wurden Eier mit 1 Mark bezahlt, stellenweise wurden nur noch 80 Pfennig geboten. Dieser Preis dürfte gegenüber dem Friedenspreise — 4 bis 5 Pfennig — so ziemlich als „angemessen" bezeichnet werden.

)(**Meppen,** 19. März. **Erster emsländischer Katholikentag in Meppen.** Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen und sonstigen hierher gelangten Nachrichten herrscht im ganzen Emsland für den bevorstehenden Katholikentag große Begeisterung. Es steht schon heute fest, daß mit einem starken Zustrom auswärtiger Teilnehmer gerechnet werden muß.

)(**Bielefeld,** 17. März. **Das Schwurgericht** verhandelte gestern gegen die frühere Postaushelferin Lotte Grönemeyer und die 17 Jahre alte Postaushelferin Anna Hohl, die sich der Amtsunterschlagung und der Beseitigung von Urkunden schuldig gemacht hatten. Die beiden Angeklagten haben im Postdienst in Leven Unterschlagungen bis zu 600 ℳ vorgenommen. Sie wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es wurde ihnen eine Bewährungsfrist von drei Jahren bewilligt.

)(**Oldenburg,** 17. März. **Kleinhandel und Kommunalisierung.** In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Einzelhändlervereins, an der auch Reichstags- und Landtagsabgeordnete teilnahmen, wurde nach einem Referat des Syndikus Dr. Meinert-Bremen scharf Stellung genommen gegen den Gesetzentwurf betreffend Kommunalisierung. Die Meinung gehe dahin, daß die Kommunalisierung für das ganze Erwerbsleben ein drohendes Gespenst sei. Die Kommunalverwaltungen haben mit ihrem Warenvertrieb Milliardenverluste erlitten, dennoch erblicken sie in der Kommunalisierung das Heil. Die Verwaltungskosten seien sehr hoch, nur ein Beispiel: Im preußischen Gebiet um Bremen erhalten der Produzent für die Milch 1,10 Mark, in der Stadt aber müsse der Konsument 2,20 Mark bezahlen, davon entfallen nur 32 Pfennig auf den Einzelhändler, das übrige verschlinge die Verwaltung. In Rüstringen sei der private Kohlenhandel völlig ausgeschaltet. Die Stadt habe auch Landgüter erworben und sie kommunalisiert, jetzt müsse sie dieselben wieder wegen der neuen Verwaltungskosten verpachten. Gegen die Kommunalisierungsbestrebungen müsse energisch Front gemacht und ein Eingreifen des Reichswirtschaftsministers gefordert werden.

)(**Aus Ostfriesland,** 15. März. **Die Torfpreise fallen weiter.** Aus Spetzerfehn wird berichtet, daß die Torfpreise abermals ermäßigt wurden. Für eine Binnenschiffsladung werden jetzt 350 bis 500 Mark gefordert. Daneben sind die Frachtkosten zu vergüten. Aus Wehrhauderfehn meldet man, daß die Torfhändler die Arbeitslöhne um die Hälfte herabgesetzt haben. Diese Maßnahme ist nichts anders zu erklären, als daß auch dort die Torfpreise erheblich gesunken sind.

Soziales.

× **Neuregelung des Lehrlingswesens.** In Handwerkerkreisen ist das Gerücht verbreitet, daß eine Neuregelung des Lehrlingswesens auf dem Wege einer Notverordnung beabsichtigt sei. Dieses unzutreffende Gerücht hat zu lebhafter Erregung und zu einer Reihe von Einsprüchen der Kreise des Handwerks bei den zuständigen Reichsbehörden Anlaß gegeben. — Von amtlicher Seite wird dazu mitgeteilt, daß eine Neuregelung des Lehrlingswesens die von verschiedenen Kreisen, insbesondere auch denen des Handwerks, wiederholt gefordert wurde, allerdings bevorsteht. Uebereinstimmung herrscht indessen bei den zuständigen Stellen darüber, daß angesichts der Wichtigkeit dieses Gegenstandes der Erlaß einer Notverordnung nicht in Frage kommt; vielmehr wird diese Neuregelung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu erfolgen haben. Zu der Erregung besteht also kein Anlaß. Den Kreisen des Handwerks wird Gelegenheit zur Stellungnahme und Mitarbeit an der Regelung dieser Frage gegeben werden.

× **Der Gesetzentwurf der Sozialisierungskommission zur Kommunalisierung** ermächtigt die Gemeinden, einzelne Betriebe oder ganze Erwerbszweige zu enteignen. Nach allen Erfahrungen der Kriegszeit bringt die öffentliche Bewirtschaftung keine bessere und billigere Versorgung, sondern verteuert die Waren, und bewirkt eine starke finanzielle Belastung der Gemeinden. Auch diese Belastung trägt zuletzt der Verbraucher und Steuerzahler. Deshalb weist das Handwerk die drohende Sozialisierung durch die Gemeinden aufs entschiedenste zurück. Der Standpunkt der Sozialisierungskommission, daß die Kommunalisierung Sache der Kommunen sei, ist durchaus falsch; ebenso wie die Sozialisierung ist auch die Kommunalisierung von Betrieben Sache der deutschen Volkswirtschaft. Eine Kommunalisierung, wie die Sozialisierungskommission sie will, muß die Betätigung der Unternehmer ausschalten, die Verbraucherinteressen schädigen und die Gemeinden zu Unternehmen führen, denen sie nicht gewachsen sind. Aus allen diesen Gründen ist der Gesetzentwurf der Sozialisierungskommission aufs entschiedenste zu bekämpfen. Seine Annahme würde gleichbedeutend sein mit dem Untergang unserer gesamten Volkswirtschaft.

Radsport.

Der Deutsche Rad- und Motorfahrerverband Concordia, der auch in Westfalen in letzter Zeit bedeutende Neuzugänge erzielt, hat in einer Vollsitzung Anfangs Februar wichtige Beschlüsse gefaßt. Unter anderem wird nach Kündigung der bisherigen Unfall- und Haftpflichtversicherung der Verband selbst eine verbesserte und zeitgemäße Unfall- und Unterstützungskasse sowie eine verbesserte Sterbekasse unterhalten. Für Sport- und Jugendpflege wurde eine größere Summe bewilligt. Zur Ausübung und Hebung eines Gesundheitsfördernden Sportes wurden einheitliche Wettfahr- und Wertungsbestimmungen festgelegt. Der vorgelegte Terminkalender für 1921 wurde genehmigt. Dieser sieht neben dem außerordentlichen Verbandstag in Bamberg für den Gau 5, Westfalen, ganz besonders den am 15 Mai (Pfingstsonntag) in Münster stattfindenden **Gautag** vor. Hierbei soll u. a. auch die Gauleitung gewählt werden. Jetzt schon werden in allen Ortsgruppen hierfür die Vorbereitungen getroffen. Zuvor finden noch an verschiedenen Orten Versammlungen statt, in denen ein Vertreter des Verbandes über Ziele und Einrichtungen des christlich-nationalen Radfahrerverbandes Concordia Aufschluß geben wird. In allen Orten, wo christlich-national gesinnte Radfahrer und Radfahrerinnen sich befinden, sollen sich dieselben zusammenund dem Deutschen Rad- und Motorfahrerverband Corcordia anschließen. Diesbezügliche Anfragen betr. Material usw. können außer an die Verbandsleitung in Bamberg, Hauptwachstraße 14, auch an den Gauleiter: Heinrich Paulsen, Münster i. W., Kettelerstraße 68, gerichtet werden.

Geschäftliches.

Geschäftsverlegung. Die altrenomierte Fa. Gebrüder Knake, die schon im Jahre 1908 das 100jähriges Geschäftsjubiläum feiern konnte, hat ihre Geschäftsräume in die neuen Läden der Münsterischen Baugesellschaft an der Bahnhofstraße verlegt. Die Fa. zeigt dort in 6 großen Schaufenstern ein für heutige Verhältnisse ungemein reichhaltiges Lager in Pianinos, Flügel erster Firmen, Klavierspiel-Apparaten, elektr. Pianos, Orchestrions etc., besonders fallen ins Auge die nunmehr wieder stets vorrätigen unverwüstlichen Knake-Pianos. Die solide, vollständige friedensmäßige Bauart zeichnet diese Instrumente nebst dem bekannten Knaketon ganz besonders aus. Aufs neue beweist die Firma durch dieses großzügigen Unternehmen, daß ihre Leistungsfähigkeit auch nach dem Kriege in ungeschwächter Kraft weiter besteht

Sämereien

der Firma Lange und Lohners, Osnabrück, in bekannter keimfähiger Ware wieder eingetroffen.

Georg Reuter, Rheine, Emstor.

Ibbenbürenerstraße Nr. 20.

Bekanntmachung.

Sämtl. Arbeitnehmer, denen von ihrem Arbeitgeber Steuermarken geblieben sind, werden hiermit aufgefordert, im eigenen Interesse mögl. bald ihre Steuerkarten zwecks Abtrennung der mit Steuermarken beklebten Seiten bei der für sie zuständigen Gemeindebehörde vorzulegen. Nach die Summe der abgelieferten Steuermarken wird eine Quittung ausgestellt. Die Steuermarken werden nach Entnahme der mit Steuermarken beklebten Seiten zur weiteren Benutzung zurückgegeben, bezw. neue Steuerkarten ausgehändigt.

Finanzamt Münster II.

für die Kreise Steinfurt und Warendorf.

IV. Nachtrag

zum Tarif den Hafen zu Rheine am Dortmund-Ems-Kanal vom 31. März 1919 mit den Nachträgen vom 8. Okt. 1919, vom 26. März 1920 und vom 22. Juli 1920.

Der Abschnitt VII an Zuschlag erhält folgende Fassung:
Zu den Tarifsätzen unter I und II . . . 350 v. H.
„ „ „ III bis VI . . . 200 „ „

Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 31. Januar 1921.

Zugleich im Namen des Finanzministers und des Ministers für Handel und Gewerbe
Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
Im Auftrage: gez. Krohne.

Gebühr für Arbeiterlegitimationskarten.

Nach dem Erlasse des Ministers des Innern vom 25. Februar ds. Js. ermäßigt sich die Gebühr der Arbeiterlegitimationskarten für diejenigen ausländischen Arbeiter, welche sich am 1. Januar 1921 in Stellung befanden und im Besitze eines gültigen Auslandspasses sind auf 5 Mark wenn der Erneuerungsantrag bei der zuständigen Ortspolizeibehörde bis 31. März ds. Js. gestellt wird.

Die ausländischen Arbeiter werden daher aufgefordert, die gültigen Auslandspässe bis spätestens 31. März d. J. im Einwohner-Meldeamte der Stadt und des Amtes Rheine abzugeben, andernfalls für die Arbeiterlegitimationskarten die erhöhten Gebühren eingezogen werden müssen.

Rheine, den 18. März 1921.

Der Bürgermeister. Der Amtmann.

Kohlenbezug für den Amtsbezirk Rheine.

Haushaltungen des Amtes Rheine, die noch im Besitze der Kohlenmarke Nr. 29 sind, können diese bis Mittwoch, den 23. ds. Mts. bei den Kohlenhändlern Wellermann und Buse in Eschendorf und Firma F. A. Kümpers, Rheine, alte Fabrik beliefert erhalten.

Die Kohlenhändler verfügen über Stückkohlen und Briketts. Von Donnerstag, den 24. ds. Mts. darf mit der Belieferung der Kohlenmarke Nr. 30 begonnen werden. Die Kohlenmarken Nr. 29 sind mit den 23. ds. Mts. verfallen und können auch durch Abstempelung ihre Gültigkeit nicht zurückerlangen.

Die Kohlenhändler und Werkbesitzer haben die gesammelten Kohlenmarken Nr. 29 gezählt und gebündelt am Samstag, den 25. ds. Mts. vormittags von 8 bis 12 Uhr im Amtsverwaltungsgebäude Zimmer Nr. 1 abzuliefern.

Rheine, den 19. März 1921.

Der Amtmann.

Haferablieferung!

Zufolge Verfügung des Kreisausschusses des Kreises Steinfurt vom 15. März 1921 Nr. K. A. II 1943 ist das Mindestablieferungssoll an Hafer für den Kreis Steinfurt von 6000 auf 2000 Doppelzentner ermäßigt worden, dementsprechend ermäßigt sich das Mindestablieferungssoll der einzelnen Gemeinden ebenfalls auf ein Drittel des bereits aufgegebenen Solls. Die Landwirte des Amtes Rheine haben hiernach also nur ein Drittel des aufgegebenen und schriftlich mitgeteilten Solls an Hafer abzuliefern.

Die Verfütterung von Hafer ist insoweit beschränkt, daß nur für die arbeitenden Tiere, wie Pferde, Ochsen und Kühe acht Pfund für den Tag gerechnet werden dürfen. Der erforderliche Saathafer kann ebenfalls in Ansatz gebracht werden.

Die in Aussicht gestellte gesetzliche Regelung der Geldersatzpflicht für den nicht fristzeitig gelieferten Hafer ist nunmehr durch die Verordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 4. Februar 1921 zur Sicherung der Haferablieferung (R. G. Bl. S. 141) erfolgt.

Die in den Grundsätzen auf den 1. Februar 1921 bestimmte Frist zur Ablieferung der ersten Hälfte des Ablieferungssolls ist bis zum 15. März verlängert. Dagegen bleibt der für die Ablieferung der zweiten Hälfte des Hafers vorgeschriebene Termin vom 1. April 1921 unverändert bestehen.

Infolge der Ermäßigung des Mindestablieferungssolls auf ein Drittel werden die eingebrachten Reklamationen gegen die erfolgte, erste schriftliche Umlage hiermit als erledigt betrachtet.

Ich erwarte nunmehr, daß der angeforderte Hafer sofort bei den zuständigen Kommissionären angeliefert wird.

Rheine, den 17. März 1921.

Der Amtmann.

Verbilligter Mais und Maisfuttermehl.

Abgabe von verbilligtem Mais und Maisfuttermehl am Austausch gegen Getreide.

Bezugsberechtigt sind:

1. Diejenigen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die

a) 70 v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide und Gerste,

b) 50 v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Hafer erfüllt haben, für alle diese Hundertsätze übersteigenden Lieferungen.

Die Bezugsberechtigten haben gegen Ablieferung von Brotgetreide und Gerste Anspruch auf Lieferung von Mais in der gleichen Menge soweit diese Menge 70 v. H. übersteigt. Bei der Ablieferung von Hafer über 50 v. H. steht es der Westf. Zentral-Genossenschaft frei, statt der Lieferung der gleichen Mengen Körnermais, die eineinhalbfache Menge Maisfuttermehl zu liefern.

2. Die Bezugsscheine werden vom Kommunalverbande ausgestellt. Die Anträge sind bei der Ortspolizeibehörde unter Vorlegung der Ablieferungsscheine zu beantragen.

Die Anträge werden entgegen genommen:

1. für die Gemeinde Rheine rechts der Ems:

a) Bauerschaft Altenrheine in der Wirtschaft Baumann am Dienstag, den 22. März 1921, vormittags von 9 bis 10½ Uhr,

b) Bauerschaften Schotthock und Eschendorf links der Hörstelerstraße an demselben Tage in der Wirtschaft Vennighaus von 11¼ bis 12¼ Uhr,

c) Bauerschaft Eschendorf rechts der Hörstelerstraße und Gellendorf am Dienstag, den 22. März 1921 in der Wirtschaft Cordesmeyer von 3—5 Uhr nachmittags.

d) Bauerschaft Rodde in der Wirtschaft Witwe Hagemann am Mittwoch, den 23. März cr., vormittags von 9 bis 11 Uhr.

2. Gemeinde Rheine links der Ems:

a) Bauerschaft Bentlage in der Wirtschaft Deisen am Mittwoch, den 23. März cr., nachmittags von 2½ bis 3½ Uhr,

b) Bauerschaft Wadelheim in der Wirtschaft Stockmann an demselben Tage von 4¼ bis 5½ Uhr nachmittags,

c) Bauerschaften Hauenhorst und Catenhorn in der Wirtschaft Franz Storm am Donnerstag, den 23. März 1921, vormittags von 9 bis 10½ Uhr für Hauenhorst, und von 10½ bis 11½ Uhr für Catenhorn,

d) Bauerschaft Dutum in der Wirtschaft Sehling an demselben Tage von 3 bis 4½ Uhr nachmittags.

3. Gemeinde Mesum und Gemeinde Elte:

am Montag, den 21. März 1921

a) in der Wirtschaft Niedermann von 9—11½ Uhr vormittags,

b) in der Wirtschaft Ehmann von 2 bis 4 Uhr nachmittags.

Die Termine sind unter allen Umständen einzuhalten, da nur in diesen die Anträge entgegen genommen und solche nachträglich nicht mehr gestellt werden können.

Auch werden die Anträge nur von den Betriebsinhabern oder deren erwachsenen Angehörigen, welche jede gewünschte Auskunft geben können, entgegen genommen. Kinder werden nur ausnahmsweise zugelassen.

Die Ablieferungsscheine sind unbedingt vorzulegen, worauf noch besonders hingewiesen wird.

Rheine, den 17. März 1921.

Der Amtmann.

Wir haben unsere Verkaufsräume nach

BAHNHOFSTRASSE 28

(gegenüber dem Hauptbahnhof) verlegt und laden zur Besichtigung unseres reichhaltigen Lagers in neuen und gebrauchten Instrumenten, wie Pianos, Flügel, Harmoniums, Phonola-Vorsetzer u. Einbaus, elektr. Pianos, — Orchestrions etc. ergebenst ein. — Besonders machen wir auf unsere — aufmerksam, die wir jetzt wieder nach altbewährten Modellen in der seit mehr als 100 Jahren bekannten, soliden Tonart und Ausführung am Lager haben. —

KNAKE-PIANOS

GEBRUEDER KNAKE,

Münster i. W. - Fernruf 179.

Eingetroffen:

Braunschweiger-Konserven
Spargel, Brechbohnen, junge Erbsen etc.
Hochfeiner Edamer Käse
Vollfett Pfd. 18,50
Margarine in Pfundpaketen
von 9.50 an
Ia Vollreis Pfd. 2.50
Kernseifen Doppelstück 3.75
Fr. A. Ihle, Münsterstr. 30.

Nerven- u. Herzkranken

empfehlen wir das hervorragend bewährte Wörishofener Sozon Elixir. Allein echt: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage:

Th. Nienkemper,
Markt-Drogerie, Rheine
Versand nach auswärts.

Jos. Altmeppen
Buch- und Kunstdruckerei
Zeitungsverlag.

Unsere mit reichem modernen Schriften-Material ausgestattete Buch- und Kunstdruckerei hält sich zur Lieferung von

Drucksachen

aller Art bestens empfohlen, insbesondere zur Anfertigung von Drucksachen für den Geschäfts- u. Familienverkehr.

Geschäftsstelle Rheine
Bahnhofstr. 2. Fernspr. 352.

Einrichtung einfacher u. doppelt. Buchführung, Aufstellung u. Prüfung v. Bilanzen. Beratung in Steuer u. kaufmännischen Angelegenheiten aller Art. - - -
Otto Schwarz, beeid. Bücherrevisor
Fernr. 842. Münster i/W Südstr. 44.



Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württ.)

Bestellungen auf die Zeitung

Münsterischer Anzeiger

mit den Wochenbeilagen „Der Erzähler (Unterhaltungs- u. heimatkundliche Beilage) und „Der Münsterländer" (Gemeinnütz. Wochenblatt für Feld, Garten u. Haus) für das 2. Quartal werden v. jedem Postamt u. Briefträger entgegengenommen. — Bezugspreis Ausg. A (7mal wöchentl. erscheinend) 15 — M. Ausgabe B (12mal wöchentl.) 16.80 M. frei ins Haus gebracht. Ein Unterschied im Inhalt u. Umfang der beiden Ausgaben besteht nicht. Der Münsterische Anzeiger hat z. Z.

38 270 Bezieher

Wirksamstes Anzeigenblatt i. R.-B. Münster. Bevorzugtes Blatt für Familienanzeigen, Stellengesuche u. Angebote, Verkaufsanzeigen.

Achtung! Nebenverdienst
Für nur 20 M. (In Worten Zwanzig Mk.)
zeigen wir Ihnen, wie man mit einem
Betriebskapital von 500 M.
in einem Jahre
10000 Mark und mehr
verdienen kann. Garantie: Geld zurück. Interessenten erhalten ausführlichen Bescheid durch
Engel & Cie, Abt. V 6, Frankfurt a.M.
Nordendstraße 18.
(Auch Frauen und Invaliden können sich melden.)
10 Pfennig Rückporto beilegen.

Hautjucken
Krätze beseitigt man in 3—4 Tagen mit **Lupin** ges. gesch. vollständig geruchlos, ohne Berufsstörung Dose M. 10.-, Tee M. 5.-, genügt für eine Kur. Vorzüglich auch bei Flechten, Ausschlag, Hämorrhoiden u. Beinschäden. All. Fabr. A. Stricker, Brackwede i.W. Zu haben:
Drogerie Th. Nienkemper, Markt 1

Große Neuheit!
Der Triumpf deutscher Erfindung. Elektrischer Sicherungsapparat „Hansa" gegen Einbruch und Feuergefahr. Gesetzlich geschützt. Rühr. Vertreter bei hoher Provision an allen größ. Orten gesucht. Ang. unt. „B. 908" an die Annonc.-Exped. E. Vendel, Münster i. W.

Für Baugeschäfte!
Mörtelkübel, Mörtelträger, Kalklöschpfannen fertigen an
Jos. & Heinr. Becker,
Ofenrohr- und Blechwaren-Fabrik.
Münster i. Westf.

Wir suchen einen zuverlässigen, aus der Schule entlassenen Knaben als
Laufburschen
Münsterland Volksztg.

Für leichte Lagerarbeiten wird für einige Tage in der Woche ein
Junge gesucht.
Herm. Funke,
landw. Maschinenhalle.
Poststrasse.

Junges Mädchen
nicht unter 16 Jahren, für ganze oder halbe Tage, für kleinen Haushalt gesucht
Frau G. A. Lobbes, Rheine
Elterstraße 23.

Suche zum 1. Mai ein braves katholisches
Mädchen
welchem Gelegenheit gegeben ist, sich im Kochen auszubilden.
Frau Ludw. Klaps,
Elisabethstr. 2.

Bessere junge Leute erhalten gutbürgerlichen **Mittag- u. Abendtisch** auch Mittag- oder Abendessen einzeln.
Näh. in der Geschäftsst.

Verreist!!
Dr. Freyberg,
Facharzt für Nervenkrankheiten,
Osnabrück, Kaiserwall 12.

10—20 Zentner erstklassiges
Heu
zu kaufen gesucht.
Overmeyer, Bauunternehmer,
Rheine.

Ia. Reisfuttermehl
vorzügliches Futter für kl. Schweine und milchgebende Kühe.
Th. u. A. Ossege,
Emsmühle.

Schmierseife
Pfund 4.90 M
Th. Nienkemper,
Markt 1.

Kernseife
Doppelst. 450 M
Th. Nienkemper,
Markt 1.

Schwellen - Gleise
Bauschinen, Kalk mit Ausfuhrgenehmigung liefert Verkaufsbureau
Köppen, Osnabrück,
Roonstrasse Nr. 1.

Schwarzer
Zwergpinscher
entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben
W. Grotke,
Neuenkirchenerstraße, Feldmark Bentlage 67.

Strickmaschine
zu kaufen gesucht.
Angebote u. S. T. an die Geschäftsstelle.

Sportwagen
mit Gummireifen zu verkaufen. **Lauckmann,**
Kanalbrücke.

Ruhiger Handwerker, auch einfach
möbl. Zimmer
auch in der Umgebung v. Rheine. Ang. ant. M L B an die Geschäftsstelle.

Kaufm. gebildeter junger
Mann
sucht Stellung für Lager und Kontor.
Gefl. Zuschriften unter H 7 an die Geschäftsstelle.

Braunseidene - Blaue
nebst gleichfarb.
Cheviotrock
(wie neu) für gr. starke ältere Dame zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Hochtragende
Ziege
zu verkaufen
Abrahamsweg, Hafenstr. 8.

Bettfedern
Bettfedern gereinigt, Daunen und Federn, Betten und Bettwäsche gut und billig. Auskunft kostenlos. Versandhaus Wolf, München